

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Inserate pro Spaltenzeile oder deren Raum 20 Pf.

Reklamengruppe 50 Pf.

Amtsblatt der

Demokratischen Wähler: A. 3. u. 4.

Veröffentlichung: Nr. 18.

Redaktionsstelle:

18 Nr. November

Verlag:

Nr. 80.

Verlag: 18 Nr. November



Post und Zeitung des Reichslandes von A. 3. u. 4. in Braubach.

Gründungsdatum

Unter der Leitung von Johann und Johann

Bezugspreis

monatlich 60 Pfennig,

durch die Post bezogen wird jährlich 2,40 Mark,

von welchen das die Post gekostet 2,25 Mk.

Nr. 268

Freitag, den 15. November 1918

28. Jahrgang.

Aus Liebe zum Volke.

Die Erlasse, Befehle, Anordnungen der neuen Reichsregierung liegen vor. Sie sind knapp und klar, ruhig und bestimmt, treffen den Punkt, auf den es ankommt, mit unmissverständlicher Sicherheit und klarem Vertrauen ein, weil hier ein zielbewusster Wille offensichtlich am Werk ist, dem auch die Kraft innewohnen scheint, sich durchzusetzen. Eine Probe aufs Exempel hat die siegreiche Revolution uns ja eben erst geliefert. Die Männer, die sie gemacht haben, wußten, was sie wollten und waren, als ihnen der Zeitpunkt dafür gekommen schien, unbedingt entschlossen, alle Hindernisse rücksichtslos fortzuräumen. Darin bestand ihre turmhoch Überlegenheit gegenüber den Führern der bürgerlichen Parteien, und gar erst gegenüber den leitenden Männern in Regierung und Verwaltung, und so mußten sie siegen.

Doch um Betrachtungen solcher Art, über die Blödsinnigkeit und die Notwendigkeit der Umwälzung, ist es uns heute nicht zu tun. Sie konnte niemandem überraschend gekommen sein, der die Zeichen der Zeit in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam verfolgt und dabei die ungestüme Angriffsfront der radikalen Opposition auf der einen, die hilflose Ratlosigkeit der Abwehr auf der anderen Seite beobachtet hatte. Heute gilt es, den unabänderlichen Wandel der Dinge mit gefasster Seele hinzunehmen, so wohl die furchtbare Niederlage, mit der unsere Auflehnung gegen die diplomatisch-militärische Einkreisung für Deutschland geendet hat, als auch den nicht minder gewaltigen Sieg der Sozialisten und Republikaner aller Schattierungen im Innern des Reiches. Wer sich damit begnügen wollte, zu klagen und zu jammern, die Hände in den Schoß zu legen und in völliger Abgestumptheit nun einfach alles über sich ergehen zu lassen, der würde unsere Lage nur noch mehr verschlimmern — bis zu völliger Verarmung. Ist es schon einmal soweit gekommen, daß wir nur noch einen Feind zu bekämpfen haben: den Bolschewismus, dann müssen wir uns auch aufraffen und unsere letzte Kraft daransetzen, daß wenigstens dieser Lebensfeind an uns vorübergeht. Bis jetzt hat er nur vor unseren Toren gelauert. Aber schon hat er hier und da im Reich und vor allem in der Reichshauptstadt verfußt, sein Haupt zu erheben und sich ganz nach russischem Muster auf den Thron zu schwingen. Räche es zu Anordnungen, zu Verordnungen, zu Hungerrevolten, er würde unfehlbar hinter ihnen herziehen, und bald hätten unsere Bolschewisten das Steueruder in der Hand. In der Erkenntnis dieser ungeheuerlichen Gefahr sind wir uns alle einig, die Alten und die Neuen, die bürgerlichen und die sozialistischen Parteien in Deutschland. Deshalb gibt es im Augenblick nur ein Gebot für jeden, der sein Volk liebt, der seine Heimat schützen will vor Verwirrung und Verwilderung: mit allen Kräften die Regierung bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande und bei der Sicherstellung unserer Versorgung zu unterstützen. Es war ein menschlich schönes Wort des Herrn Ebert, mit dem er sich gleich in seinem allerersten Erlass an die Beamten und die Behörden des Reiches wandte: Er wisse, daß es vielen schwerfallen werde, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu seinen unternehmen haben. Aber er appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verlagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. So ist es in der Tat.

Wer dieses schlimmste Unheil nicht will, dem bleibt nur eine Wahl: er muß helfen, daß die Verwaltung in Stadt und Land in Ordnung bleibt. Freilich ist es leicht, den Männern, die auch bisher schon ihr Bestes getan haben, um unser Volk durch die schrecklichen Kriegsjahre, so gut es eben überhaupt möglich war, hinwegzubringen, jetzt ein paar schöne Worte zu geben, nachdem man sie entrechtet und den Staat, den sie liebten, mit harter Faust zertrümmert hat. Freilich ist es leicht zu erwidern: Ihr seid ja schuld an dieser furchtbaren Zuspitzung unserer Lage, denn Ihr habt ja gerade diesen Augenblick der höchsten Not dazu benutzt, Euch in den Sattel zu schwingen, statt uns zu helfen, daß es, unter Schonung und Erhaltung des Bestehenden, besser würde, soweit Menschenkraft reicht. Aber was nützt das alles, damit kommen wir keinen Schritt weiter. Entscheiden kann und muß allein: die Liebe zu unserem Volke. Wer sich auch jetzt noch den Glauben daran bewahrt hat und wer ihn festhalten kann — trotz aller tieftraurigen Erscheinungen, deren Zeugen wir in diesen Tagen gewesen sind, daß unser Volk wert ist erhalten zu bleiben, wer dieses Volk retten will, gegen die äußeren Feinde, die wir nun bald im Lande haben werden, aber auch gegen die inneren Mächte der Zerstörung und der Knechtung, der muß mit Hand anlegen auch in dieser bittersten Stunde.

Mit gutem Beispiel geht, wie nicht anders zu erwarten war, unser Hindenburg mit seinem Großen Generalstab voran, mit gutem Beispiel ebenso die Leiter unserer großen Gemeinwesen in Stadt und Land, die Militärbefehlshaber, die Polizeipräsidenten, kurz alle führenden Männer auf weithin sichtbaren Posten, die doch gewiß alle ohne Ausnahme keine Anhänger der neuen Ordnung sind oder gar der sozialistischen Volksrepublik, auf die wir lossteuern. So wie sie müssen durch das ganze Reich alle Inhaber verantwortungsvoller Posten, von den größten bis herab zu den geringsten, ihre Schuldigkeit tun, wenn nicht unsere Ordnung im Lande vollends zusammenbrechen soll. Und die ungeschulten freiwilligen Helfer müssen ihre selbstübernommenen Pflichten weiter erfüllen, ja wer es irgend ermöglichen kann, muß seine Dienste ungesäumt der neuen Verwaltung zur Verfügung stellen — denn wir müssen jetzt vor allen Dingen arbeiten, arbeiten und noch einmal arbeiten, um nicht ganz und gar zu versinken in dem allgemeinen Elend dieser Zeit.

Im Namen des Volkes.

Erlasse der neuen Reichsregierung.

I. An die Oberste Landesregierung.

Die Reichsregierung richtet an die Oberste Landesregierung ein Telegramm, in welchem betont wird, daß die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich gehen müsse, damit kein Chaos mit Hunger und Not entstehe. Sie ersucht darum, folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Offizier sind hieraus vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Durchführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung

im Krieg müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme im Tragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften. 5. Gleiche Zuschüsse zu den Wohnungen. Gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Blutschuldungen Gebrauch zu machen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt einen Erlass an die Armee veröffentlichen, in dem er die gewaltigen Taten des Heeres hervorhebt und sagt: „Aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden, mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land, unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft.“ Dann bittet Hindenburg die Armee um Selbstbeherrschung und Pflückerfüllung und schließt: „Im Kampfe habt ihr euren Feldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch.“

II. An die Marine.

An den Staatssekretär des Reichsmarineamtes richtete die Reichsregierung ein Telegramm, in welchem gebeten wird anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen- und Rangabzeichen beizubehalten. Alle Beschäftigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und reiflos durchgeführt werden.

III. Bildet Bauernräte!

An die deutsche Landbevölkerung richtet der Rat der Volksbeauftragten einen langen Aufruf, in welchem zur freiwilligen Bildung von Bauernräten aufgerufen wird, um die Volksernährung, sowie die ungehinderte Fortführung der landlichen Betriebe sicherzustellen. In dem Aufruf heißt es:

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken in der Erkenntnis, daß Freiheit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen als die beste bürokratische Organisation. ... Die landliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberechtigter in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemand aus der Stadt auf Land treibt und die von der Front zurückkehrenden Soldaten maßvoll versorgt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Pflückerfüllung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungehinderten Fortgang der landlichen Betriebe. ...

Der Grimm in Fremdenland.

Roman von Justus Schorwald.

Manfred verboten

„Das ist gewiß, — fuhr Southcliffe fort, — eine sehr wichtige und ernste Sache, die Exzellenz zu mir führt.“
„Das ist es allerdings“, bemerkte der Minister hart und geräuschlos seiner Gewohnheit gemäß die Widrigkeit seines Sammelbarts. Er machte eine kleine Pause, sah sein Gegenüber an, als wollte er den Lord einschüchtern, und begann dann wieder:
„Ich bin nämlich einem ganz furchterlichen Verbrechen auf die Spur gekommen, einem Hochverrat, wie die Geschichte seinesgleichen nicht kennt. Und Spuren davon führen sogar — ich bitte, nicht zu erschrecken — sogar zu Ihnen.“
„Zu mir? Wollen Exzellenz nicht deutlicher werden?“
„Gewiß. Gerne. — Zu diesem Zweck —“ er atmete tief auf und sagte auf gut Glück — „zu diesem Zweck werden Sie mir die Papiere ausbändigen, die Ihnen Hauptmann Rongford zur Aufbewahrung übergeben hat.“
Lord Southcliffe ließ sich tatsächlich überumpeln.
„Wie? Hat er Sie vielleicht dazu ermächtigt, diese von mir einzufordern?“
Der Minister lächelte zufrieden.
„Das nicht. Aber ich weiß, daß Sie Papiere besitzen, die für diese Verbrechensgeschichte von hohem Werte sind.“
„Ich bedaure, Ihrem Wunsch nicht entsprechen zu können.“

Manfred. Diese Papiere werde ich Exzellenz nicht ausbändigen.“

„Und warum nicht?“
„Weil ich dem, der sie mir zur Aufbewahrung übergab, das Versprechen abließ, sie nur ihm selbst zurückzugeben oder mit seiner Genehmigung zu öffnen und nach Gutdünken zu verwerten. Und ein Lord Southcliffe hält sein Wort!“

„Auch einem Flüchter und Betrüger gegenüber?“
„Es ist erwiesene Tatsache, daß ein Betrüger Ihre Gastfreundschaft mißbrauchte!“

„Das vermag ich nicht zu entscheiden. Aber selbst wenn andere Leute sich gegen mich nicht vornehm betragen, so gibt das mir noch lange kein Recht, ein gleiches zu tun.“
— es mußte denn sein, daß —

„Er hielt inne und sah seinen Besucher durchdringend an.“

„Es mußte denn sein, daß —“ ermutigte dieser.
„Daß in der Tat höhere Interessen im Spiele ständen“, vollendete zögernd der Lord.

Und mit einer Stimme, die keinen Widerspruch duldet, erwiderte großend der Minister:

„Steht Ihnen das Interesse des Staates, die Gefahr, in der das Reich schwebt, nicht hoch genug?“

„Es ist nicht bewiesen, daß das britische Reich bedroht ist.“

„Vorläufig höre ich die Fugen noch nicht trachen.“

„Ich habe Beweise.“

„Wo, wenn ich fragen darf?“

„Unter den Papieren, die Sie in Händen haben!“

„Die stehen nicht zur Sprache!“

„Aber Rongford hat mir ja selbst ein Geständnis abgelegt.“

„Schriftlich?“ fragte der Lord dazwischen.

„Genügt Ihnen mein Wort nicht?“

„In diesem Falle genügt mir nicht einmal das Wort des Königs!“

„Soll ich Ihnen vielleicht den Coroner mit seinen Konstablern zur Hausdurchsuchung kommen lassen?“

„Sie drohen mit Gewalt, Exzellenz?“

„Ich bin dazu gezwungen, wenn Sie nicht nachgeben, Mylord.“

„Gut, dann sollen Sie Ihren Willen haben. Die Verantwortung trifft nicht mich!“

Er drückte auf den Klingelknopf an seinem Schreibtisch.

Aus dem Nebenzimmer trat ein jüngerer Herr herein, dessen gepflegte Erscheinung wohlthuend berührte.

„Mein Privatsekretär, Herr Courtman“, stellte den Lord vor. — „Bitte, lieber Courtman, schließen Sie den Kassaschrank auf! Hier sind die Schlüssel!“

Die schwere Bannerschloßplatte öffnete sich geräuschlos nach außen und enthüllte den Blick auf die Stahlschächer im Innern. Das unterste Fach stand offen. Geschäftsbücher lagen darin. Darüber waren zwei Reihen gleichgroßer Fächer angebracht.

Öffnen Sie das mittlere Fach links ... ja, dieses!

Bitte, drücken Sie auf den Knopf, der sich hinter dem Schloßrahmen befindet ... weiter oben ... da!

Fortsetzung folgt.

Die politische Neuordnung.

Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 13. November.

Gestern konstituierte sich im Gebäude des preussischen Herrenhauses der Vollzugsrat des AuSR. Diese Körperschaft besteht aus 28 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern. Die Mehrheitsfraktionen sind die unabhängigen Sozialdemokraten und mit je 7 Mitgliedern vertreten. Trotz dieser Zahlenungleichheit meint man, daß die Grundsätze und Anschauungen der sozialdemokratischen Mehrheit im Vollzugsrat überwiegen werden. Es muß im Zusammenhang damit bemerkt werden, daß die Soldaten schon bei den Wahlen am Sonntag die gemäßigtere Richtung vertraten und ihr zum Siege verhelfen. Jedenfalls scheinen die Grundsätze der Mehrheitsfraktionen richtunggebend zu sein.

Die politische Reichsleitung wird dem Vollzugsrat für ihre Regierungshandlungen verantwortlich sein. Unter anderem wird die Regierung keine Verfügung von höheren Staatsämtern vornehmen können ohne die Zustimmung des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat wird täglich Sitzungen abhalten und es sich zur Aufgabe machen, gemeinsam mit der Regierung die dringendsten Lebensfragen zu lösen, denen Deutschland zurzeit gegenübersteht: die Wiederherstellung der Ordnung und Schaffung eines festen, sicheren und zuverlässigen arbeitenden Staatsorganismus, Lösung der Ernährungsfragen, Demobilisierung, Friedensschluß und Überleitung in die Friedenswirtschaft. Sobald diese dringenden Aufgaben, die unbedingt schnell gelöst werden müssen, in der Hauptsache erledigt sind, sollen die Wahlen zur Nationalversammlung in Angriff genommen werden.

Verteilung der Reichsgeschäfte.

Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Geschäftsbereiche vorgesehen: Ebert, Inneres und Militärisches; Haase, Aussen und Kolonien; Scheidemann, Finanzen; Dittmann, Demobilisierung, Verkehrsweisen, Rechtspflege, Volksgesundheit; Landsberg, Presse- und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur; Barth, Sozialpolitik.

Die Frage der Nationalversammlung.

Im Anschluß an die Ausrufungen des Präsidenten der bayerischen Republik, Kurt Eisner, über den wünschenswerten zeitigen Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, wurden die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie nach ihrer Stellung zu dieser Angelegenheit befragt, da in der Presse vielfach angedeutet worden war, die Unabhängigen seien gegen die Einberufung einer Konstituante. Die Unabhängigen antworteten, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei zu dieser Frage überhaupt noch in keiner Weise Stellung genommen hätte.

Die fortschrittliche Volkspartei erklärt einen Aufruf, in dem sie betont, daß sofort nach Beschluß des heutigen Reichstages in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen ist, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutz der Minderheiten bedarf es dabei der Verhältniswahl. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. Jedem, wie immer geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich. In der schweren Zeit des Übergangs, sagt der Aufruf, ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung das höchste Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.

Arbeitsamt für geistige Kräfte.

Der AuSR. in Berlin teilt mit: Es ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das die Aufgabe hat, die geistigen Kräfte des wissenschaftlichen und praktischen Lebens, soweit sie sich auf den Wiederaufbau der deutschen Republik stellen, zusammen zu fassen. Es ist damit eine Organisation geschaffen, die es dem AuSR. ermöglicht, diese Kräfte für den Wiederaufbau des Staatsgebildes zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt nimmt die vom Studentenrat und vom Rat geistiger Arbeiter eingeleiteten Bestrebungen zur Sammlung intellektueller Kräfte in sich auf. Das Arbeitsamt des AuSR. ist die einzige Stelle, der sämtliche Meldungen dieser Art einzureichen sind.

Deutsches Luftamt.

Die Reichsleitung beauftragt den Soldatenrat der Fliegertruppen zur Umgestaltung der bisher in den Dienst des Krieges gestellten Organisationen des Flugwesens in eine Friedensorganisation unter dem Namen: Deutsches Luftamt. Dieser Betrieb hat die Aufgabe, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, auf den Gebieten von Handel, Verkehr, Post, Nahrungsmitteltransporten und Wachdienst.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 13. Nov. Der Soldatenrat hat für seine Mitglieder die schwarz-rot-goldene Armbinde als Wahrzeichen der deutschen Demokratie eingeführt.

Berlin, 13. Nov. Der frühere Vizeminister v. Pauer und der frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Justizrat Trimbom, sind in ihre Heimat abgereist. Die Führung der Geschäfte hat Unterstaatssekretär Bernald übernommen.

Berlin, 13. Nov. Staatssekretär Graf Rüdern hat sich von seinen Beamten verabschiedet und ihnen mit warmen Worten die Weiterarbeit unter der neuen Regierung ans Herz gelegt. Die Führung der Geschäfte ist vorläufig dem Unterstaatssekretär Schiffer übergeben.

Berlin, 13. Nov. Die etwa 6000 Justizbeamten der Groß-Berliner Gerichte haben aus ihrer Mitte Arbeiter- und Soldatenräte in allgemeiner, gleicher und direkter Wahl zu wählen und durch diese sich der neuen Regierung zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Volksstaates zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 13. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat gibt bekannt: Theater und Kinos sollen bis 10 1/2 Uhr Spätergänge nach 8 Uhr sind verboten.

Die Erklärungen Hindenburgs.

Abgabe unserer Kriegsschiffe. — Befestigung von Helgoland.

Die zum Hauptquartier der Obersten Seeresleitung gereisten Vertreter des Kölner AuSR. geben nach ihrer Rückkehr Erklärungen über das Resultat der Unterredung mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Feldmarschall hält es für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Meer in seine Heimat zurückgekehrt ist. Die vielfach erörterte Frage, wann die feindliche Besetzung in den Rheinlandungen zu erwarten sei, wird von der Obersten Seeresleitung auf das Bestimmteste dahin beantwortet, daß mindestens 31 Tage veranschlagt werden.

Die Oberste Seeresleitung und der deutsche Kronprinz haben sich fortgesetzt über die Umwälzung im Volk und den Zusammenbruch der Kölner Garnison unterhalten lassen.

Auf Grund der Kölner Vorgänge wurden im Großen Hauptquartier außerordentlich weittragende Beschlüsse gefaßt und auf Anregung des Großen Hauptquartiers sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte nach Kölner Muster gebildet. Dadurch wurde eine ungeheure Katastrophe verhindert.

Bei Verzögerung der Schiffübergabe wird Helgoland besetzt.

Auf Grund der Bestimmungen zum Waffenstillstand (Unterzeichnung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder solchen der Verbündeten) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: Bayern, König, Großer Kurfürst, Kronprinz Wilhelm, Markgraf, Friedrich der Große, König Albert, Kaiserin, Kaiser, Prinzregent Luitpold, Hindenburg, Derflinger, Seydlitz, Moltke, Von der Tann, Brummer, Bremse, Köln, Dresden, Emden, Frankfurt, Wiesbaden, 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Beladung fahren und ohne Munition.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgendes, Zusatz zu dem Vertrag zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstands zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Übergabe zu sichern.

Das französische Torpedoboot „Mangini“ und das englische Torpedoboot „Clark“ sind in die Dardanellen eingefahren, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Die französische Marineteilung in Syrien besetzt am 9. November Alexandrette.

Die abgewiesenen polnischen Marodeure.

Der polnische AuSR. erhielt eine Bekanntmachung, nach der durch Gerüchte vom Annähern polnischer Legionäre die Bevölkerung beunruhigt würde. Der AuSR. hat sofort eine Kommission, der sich unter Führung des Abgeordneten Dr. Senda die Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktionen angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgemacht. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden.

In ganz Oberschlesien verbreitet sich das Gerücht, daß eine mehrtausendköpfige Bolschewistenbande sengend und plündernd auf dem Wege nach Oberschlesien sei und die Grenze bereits überschritten habe. Wie man von zuverlässiger Stelle erfährt, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet aber wurde zum Schutz der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Banden eine starke Grenzbeobachtung ausgebaut, so daß vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht.

Aus Buthen wird gemeldet: Die in Oberschlesien eingedrungenen polnischen Banden wurden von Teilen des 51. Inf.-Regiments über die Grenze geworfen, so daß die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Rattowitzer Zeitung meldet: Die Meldungen der Berliner Abendblätter über das Eindringen polnischer Räuberbanden in Oberschlesien entbehren der Grundlage. Es erscheint ausgeschlossen, daß bolschewistische Räuberbanden über die Grenze kommen.

Kaiser und Kronprinz in Holland.

Wilhelm II. ist von seinem Mitglied seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige ebenfalls im Schloss Amerongen Wohnung genommen haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser vorläufig hier bleiben wird.

Der Kronprinz traf in Maastricht ein. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gewandt, ihm ein kleines einfaches Haus anzuweisen, in dem er die Gassefreundlichkeit Hollands genießen kann. Der Kronprinz hat sich in Spa von den Truppen verabschiedet und fuhr dann in drei Automobilen mit seiner Begleitung zur holländischen Grenze und nach Maastricht.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 13. Nov. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsstabes in Budapest hat die ungarische Regierung der ersten Armee und der Armee Madens je sechs Büge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Berlin, 13. Nov. Ein Ausschuss des Soldatenrates hat die Einsetzung von Standgerichten beschlossen. Ein russischer Wünderer wurde bereits im Volksgerichtshof standgerichtlich erschossen.

Berlin, 13. Nov. Feldpostsendungen nach dem Westen werden nicht mehr angenommen. Ausgegeben Sendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Leipzig, 13. Nov. Wie verlautet, sind Oberst Pinkan und Oberstleutnant Freile, sowie zehn andere höhere Offiziere angeht des widerrechtlichen Ganges im Offizierskorps auf Befehl des AuSR. verhaftet worden.

Wilhelmshaven, 13. Nov. Der kleine Kreuzer „Königsberg“ ist mit den Bevollmächtigten des AuSR. angelangt zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admiralität. Es handelt sich um Besprechungen über den Waffenstillstand.

Daag, 13. Nov. Aus Paris wird gemeldet: Die Ministerpräsidenten der alliierten Mächte werden demnächst in Versailles zusammentreten, um die verschiedenen Probleme zu behandeln, die mit dem Frieden im Zusammenhang stehen.

Der Übertritt Wilhelm II. nach Holland.

Berlin, 13. November.

Die Nationalzeitung behauptet, während das deutsche Volk noch immer auf einen leidlichen Ausgang des Krieges hoffe, habe bei Wilhelm II. und seiner Umgebung die Gewissheit vom kommenden Zusammenbruch schon länger bestanden. In aller Stille seien Vorbereitungen für den Übertritt ins neutrale Ausland getroffen worden. Das im Inlande sorgfältig gehaltene Geheimnis sei der Entente nicht verborgen geblieben. Während anfänglich das Schloß Wilddachten bei Arnheim als Aufenthaltsort außersehen war, sei später Amerongen bei Utrecht in Betracht gezogen worden, das einem Onkel des Besitzers von Wilddachten gehöre, der außerdem noch acht Schloßherren besitzt. Mit der Familie Benda sei der Kaiser schon lange bekannt, ein älterer Bruder des jetzigen Gastes für Wilhelm II. sei britischer Oberstleutnant gewesen und seine Söhne dienten in der englischen Armee. Die ganze Familie Bentinck habe starke Beziehungen nach England.

Auslieferung Wilhelms II. verlangt.

Amsterdam, 13. Nov. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten. „Morning Post“, „Times“ und „Daily Mail“ sagen, der Kaiser müsse wie Napoleon I. auf Lebenszeit interniert werden.

Zur Umwälzung im Reiche.

Leipzig. Der große AuSR. besteht gegenwärtig aus 100 Mitgliedern. Der engere Ausschuss, dem die eigentliche Exekutivgewalt zusteht, setzt sich zusammen aus 10 Vertretern des Soldatenrates, 10 Vertretern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, 3 führenden Persönlichkeiten der Leipziger Arbeiterbewegung (Reichstagsabgeordneter Weyer, Reichstagsabgeordneter Ruyfel und Reichstagsabgeordneter Dr. Weyer), sowie je einem Schriftführer des Arbeiter- und des Soldatenrates. Der sozialdemokratischen Partei ist die Mitarbeit ohne formelle Vertretung unter der Bedingung gestattet worden, daß sie die Forderung nach der sozialistischen Republik vorbehaltlos anerkennt. Die Macht des AuSR. erstreckt sich über den ganzen Bereich des 19. Armeekorps.

Glogau. Der Landrat ist gestiegen. Landratsamt und Magistrat haben sich dem AuSR. unterstellt und sind zur Fortführung der Geschäfte ermächtigt. Die Verpflegung des Militärs und der Zivilbevölkerung wird von den beauftragten Personen in derselben Weise wie bisher fortgeführt.

Hannover. Die deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Schiele-Schelenburg, Ludwig Alpers, Graf v. Bernstorff-Wehningen, Colborn, Frhr. v. Wangenheim-Wale, erlassen an „alle Hannoveraner“ einen Aufruf, in dem sie „im freien Deutschland ein freies Hannover“ fordern. Unter den gleichberechtigten deutschen Bundesstaaten müsse auch Hannoverland die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen und Hannovers Schicksal müsse geleitet werden von einer Regierung, die sich entsprechend dem Willen des Volkes zusammensetzt.

Hannover. Am Bahnhof und in der Roßstraße in Linden kam es in der Nacht vom 11. zum 12. November zu heftiger Schießerei zwischen Sicherungspatrullen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen ausgerüstet waren und über zwei Automobile verfügten. Die Sicherungspatrullen brachten 34 Personen ein, von denen die drei Hauptverbrecher heute morgen standrechtlich erschossen wurden.

Hamburg. Der Hamburger AuSR. veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Der AuSR. hat die politische Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr. Das Hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der Deutschen Volksrepublik. Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Wänderungen werden standrechtlich abgeurteilt.

München. Die bayerische Regierung beabsichtigt, sämtliche Schloßer für das Volksbildungs- und Volksgesundheitswesen nutzbar zu machen.

Stuttgart. In einer Sitzung des Stuttgarter AuSR. wurde ein Antrag angenommen, der die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Bucherpreisen mit dem Tode bestraft.

Bei der Auflösung der deutschen Verwaltung in Polen ist eine Vereinbarung zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege gekommen. Alle Meldungen von blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Soldaten und polnischen Legionären sind übertrieben.

In längeren Ausführungen wendet sich Scheidemann gegen Lloyd George. Letzterer predigt nämlich immer noch die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik der alten Regierung mit Schuld sei, und preist dagegen die Einigkeit des englischen Volkes und Reiches. Scheidemann erklärt beides für unwahr. Besonders die gepriesene englische Einigkeit bestehe ganz und gar nicht, auch dort hätten es Volk, Meer und Flotte längst satt, sich von den Kapitalisten weiter für ihre Zwecke mißbrauchen zu lassen. Das deutsche Volk, sagt Scheidemann, ist in diesen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine selbstgegebene Ordnung dieser furchtbaren Not voll standhält. An dem englischen Volk und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer unzweideutigen Abgabe an den Imperialismus ihrer Regierungen zu bringen.

Die preussische Regierung (gez. Dirich, Ströbel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

In einer Reihe von Stadgemeinden ist die Stadtverordnetenversammlung und sind die Deputationen aufgehoben, und an ihre Stelle sind für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden.

Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang der Volksernährung, der Unterstützung bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben.

Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge einheitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem am gestrigen Tage der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgegeben hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Holland.

Der Kampf um die Macht hat auch in der zweiten Kammer eingesetzt. Hier erklärte der sozialistische Arbeiterführer Troelstra, die sozialistische Arbeiterpartei verlange nicht nur etwas mehr oder weniger Reformen in dem augenblicklichen Regime, sondern sie verlange jetzt den Besitz der Macht. Die Bewegung, über die sich das niederländische Volk nächsten Sonntag aussprechen werde, werde zeigen, daß heute andere Dinge verlangt werden. Troelstra sagte weiter, er werde niemals eine vollkommene Verbesserung der sozialen Zustände erreichen, solange die bürgerlichen Elemente am Ruder bleiben. Wenn wir sehen, was jetzt im Osten geschehen ist, dann müssen wir den rechten Augenblick ergreifen, die Macht an uns zu reißen. Troelstra sprach seine Freude darüber aus, daß sein Parteigenosse Ebert in Deutschland das Ruder in die Hände genommen hat.

Der Tod der Erzherzogin von Bayern erfolgte in ihrem 70. Lebensjahre. Die Kaiserin war eine geborene Herzogin von Österreich. Sie war eine der letzten des Hauses Habsburg. Zwei böhmische Gräfinnen verhaftet. Gräfin von Hohenhausen, Gattin des ehemaligen Statthalters von Elsaß, und ihre Schwester Gräfin von Taxis wurden verhaftet. Sie werden beschuldigt, Lebensmittel dem Besitz des roten Kreuzes verkauft zu haben. Nobelpreise für Physik und Chemie. Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm beschloß, den Nobelpreis für 1917 Professor Charles Barkla in Edinburgh zu verleihen, als Belohnung für seine Entdeckung der charakteristischen Röntgenstrahlung der Elemente. Der Preis für 1918 wurde zu den besonderen Fonds der chemischen Preisgruppe gelegt. Die Preise für Physik und Chemie für das Jahr 1918 wurden zurückgelegt. Berlin, 13. Nov. Das Verbot des Tragens von Waffen auf Straßen erstreckt sich auch auf Jagdgewehre aller Art. Die Jäger vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, ist ein solches Verbot für jede Ausübung der Jagd erlassen. Berlin, 13. Nov. Wie von gutunterrichteter Seite vernommen, nimmt an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs der bisherige Unterstaatssekretär des Reichsausschusses Dr. August Müller die Leitung des Reichsausschusses übernommen. Berlin, 13. Nov. Dem Vernehmen nach hat die sozialdemokratische Regierung dem Reichsausschuss den Vorschlag gemacht, die Leitung des Reichsausschusses dem Reichsausschuss zu übertragen. Berlin, 13. Nov. Der sozialdemokratische Schriftsteller Hermann Gorter, ein Korrespondent der Rur, ist zum Reichsausschuss ernannt worden. Berlin, 13. Nov. Nach einem Regierungsbeschluss dürfen nach dem Dreiklassenwahlrecht in Zukunft nur noch die drei Klassen des Reichsausschusses wählen. Berlin, 13. Nov. Staatsminister Dr. Gutschmidt ist zu dem Reichsausschuss gekommen, um dem Reichsausschuss die Linie der Vertreter des Reichsausschusses mitzuteilen. Berlin, 13. Nov. Die Landesregierung für die Provinz Böhmen richtete an den Reichsausschuss eine Eingabe, in welcher sie im Namen von zwei Millionen Böhmen gegen die Vergrößerung deutsch-böhmischer Gebiete durch tschechisch-italienische Truppen protestiert. Wilson gegen die Bolschewisten. Die Lebensmittel für Deutschland. Rotterdam, 13. November. Aus einer Drahtmeldung aus Washington hat Dr. Wilson in einer Ansprache an den Kongress die Lebensmittellieferungen offiziell bekanntgegeben und nachmals Lebensmittellieferungen für Deutschland angekündigt. Wilson geht dabei von der Ansicht aus, daß die Lebensmittellieferungen, die von den Bolschewisten in der Sowjetunion erzeugt werden, für Deutschland von großem Nutzen sein werden. Die Lebensmittellieferungen sollen mit Hilfe der Schiffe erfolgen und sobald wie möglich in die Hände der Deutschen kommen. Auch die Verbündeten der Deutschen Staaten haben dieser Maßregel zugestimmt. Sie sind besonders Wilson lassen sich dabei von den Verbündeten leiten, daß Ruhe und Ordnung im Reich die beste Gewähr gegen ein Ausgreifen der Bolschewisten sind. Wilson hat mit allen Mitteln bekämpfen sollen. Erziele werden nicht, betont Wilson in seiner Ansprache mit Nachdruck, wie auch das unglückliche Russland jüngst bewiesen habe. Die bemerkenswerte Ansprache Wilsons schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Welt und die Zukunft der Nationen der Welt gehört, die die Lebensmittellieferungen und den ordnungsmäßigen Gang der Wirtschaft bewahren. Die Bolschewisten, die eben erst aus der Sowjetunion herausgekommen sind, und die endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, die die Blöße der Freiheit, die sie suchen, niemals können, wenn sie es beim Scheitern der Fäden tun werden finden, daß jeder Weg, der mit dem Blut der eigenen Brüder besudelt ist, in die Wildnis und den Sumpf ihrer Dummheit führt. Kommunistiche Erzebe in Wien. Der bolschewistische Anschlag. Wien, 13. November. Nach kürzerer Beratung ist die Nationalversammlung der Bolschewisten des Reichsausschusses über den Anschlag der Bolschewisten auf die österreichische Republik in der österreichischen Republik. Der Anschlag wurde in folgender Form bekanntgegeben: Die Nationalversammlung hat in der heutigen Sitzung dem Staatrat vorgeschlagen, betreffend die Proklamation der österreichischen Republik als Republik der Deutschen Republik unter beiderseitigem Beistand angenommen. Das Parlamentsgebäude war von dichten Menschenmengen umlagert und die organisierte Arbeiterchaft unter einem großen Umzug. Als Staatsrat Renner sich die Treppe begab, um die Beschlüsse der Versammlung zu verkünden, rief eine Gruppe von Kommunisten, die schon Schimpfblätter gegen die offizielle Presse verteilt hatte, Störungen hervor. Feuergefecht mit der roten Garde. Bald entstand eine wilde Schießerei vor dem Parlamentsgebäude. Schon stürzten zwanzig Soldaten, die von einem Offizier, gegen den Eingang, pflanzten die Bajonette auf ihre Gewehre und riefen: „Her aus den Schwarzen!“ In diesem Augenblick fiel ein Soldat aus der Gruppe, die auf der Treppe stand. Es war das Signal zum Angriff der roten Garde, die auf den Stufen des Reichsausschusses Deckung nahm, gegen die Treppe vorging und das Feuer eröffnete. Die zwanzig Mann, die den Eingang des Parlamentsgebäudes schlossen, versuchten in das Gebäude zu gelangen. Unter der Menge entstand eine furchtbare Panik. Die rote Garde, welche die Treppe vor dem Parlament freihalt, drängte nun das Gebäude vor und eröffnete ein lebhaftes Feuer auf die Menge, um die Menge zu zerstreuen. Mehrere Menschen wurden getroffen, zahlreiche durch Querschüssen. Andere Unglücksfälle verurteilten. Die rote Garde ist eine kommunistische Republik, ist aber in der Minderheit gegenüber der Volkswehr, die zur demokratischen Republik steht. Nachdem die Volksmenge geklärt war, wurde Ruhe eingebracht, jedoch ist die Lage bis zur Stunde nicht geklärt.

Codes-Anzeige.

Heute entließ sanft nach längerem Leiden im Gräberhause zu Coblenz unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Herr

Christian Fischer

im Alter von 79 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Fischer.

Brandach, Oberlahnstein, Sipphat, den 13. November 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr dem Trauerhause Untermarktstraße 1 statt.

Ergebnis der 9. Kriegsanleihe.

Ungefähr 104 Milliarden.

Berlin, 13. November.

Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Austausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Teilzahlungen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte.

Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenn gleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklarerweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden. Die früheren acht Kriegsanleihen hatten das folgende Ergebnis:

1. Kriegsanleihe	4 480 Millionen Mark
2. „	9 100 „
3. „	12 160 „
4. „	10 788 „
5. „	40 699 „
6. „	18 122 „
7. „	12 625 „
8. „	14 768 „

Das Gesamtresultat, einschl. der 9. Kriegsanleihe, beträgt also 104 1/2 Milliarden.

Schlusssdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Preussisches Kronvermögensbeschlagnahm.

Berlin, 13. Nov. Die preussische Regierung erläßt folgende Beschlagnahme: Sämtliche zum preussischen Kronvermögens gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme belegt. — Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übergeben. — Das nicht zum Kronvermögens gehörige, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Die Besetzung Delgolands wahrscheinlich.

Berlin, 13. Nov. Der Zusatz zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach bei nicht rechtzeitiger Ankunft der zu übergebenden deutschen Schiffe am 18. November Delgoland besetzt werden soll, wird wahrscheinlich in Taffade werden. Die Besatzung der Schiffe, namentlich die U-Boot-Deute, weigern sich entschieden, an Bord zu gehen, da sie die Internierung fürchten. Unter diesen Umständen wird die Besetzung Delgolands durch die Verbündeten kaum vermieden werden können.

Amerikanische Flieger in Köln?

Berlin, 13. Nov. Wie schon von besonderer Seite aus Köln mitgeteilt wird, sind heute im Laufe des Nachmittags mehrere amerikanische Flieger in Köln gelandet.

Der Waffenstillstand zur See.

Wilhelmshaven, 13. Nov. Heute nacht hat durch Funknachricht der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseeflotte Mitteilung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Vorübergehende Besetzung des linken Rheinufer.

Köln, 13. Nov. Staatssekretär Launig äußerte in einer Ansprache im Senat, die Besetzung des linken Rheinufer werde nur eine vorübergehende sein. Je schneller der Frieden mit Deutschland zustande komme, um so schneller werde auch wieder das linke Rheinufer räumen werden.

Bei der Unterzeichnung der Bedingungen.

Paris, 13. Nov. „Echo de Paris“ gibt Einzelheiten über die Besprechungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorangegangen sind. Die Verhandlungen dauerten von nachts ein Uhr bis morgens fünf Uhr. Die deutschen Delegierten verlangten, daß einige Hauptpunkte, die große Fragen anwiesen, gemildert würden. Es wurde ihnen entgegengehalten, daß Bismarck auch Frankreich hatte Bedingungen auferlegt, die angenommen werden mußten. Erzberger unterzeichnete standhaft die Bedingungen, General Winterfeldt trübte den Kopf.

Frankische Sozialisten gegen Annexionen.

Genf, 13. Nov. Die Pariser Blätter „Humanité“ und „Journal de Peuple“ berichten, die französischen Sozialisten verlangten die Einberufung einer internationalen Konferenz. Sie beabsichtigen, im Parlament auf das entschiedenste gegen imperialistische Pläne auf das linke Rheinufer Stellung zu nehmen.

Ein Soldatenrat in Lyon.

Bern, 13. Nov. Nachrichten aus Lyon bestätigen, daß sich dort ein Soldatenrat gebildet und die militärische Macht an sich genommen hat.

Angebotliche Meuterei auf englischen Schiffen.

Basel, 13. Nov. Amerikanische Politiker erhielten von einer Seite aus der Schweiz die Mitteilung, daß größere Teile der englischen Flotte gemeutert hätten. Auf mehreren Schiffen sollten die rote Flagge.

Die Schweiz besetzt Liechtenstein.

Bern, 13. Nov. Das „Berliner Tagblatt“ meldet: Die Besetzung des bisherigen Fürstentums Liechtenstein durch schweizerische Truppen wird erfolgen, nachdem die neue Regierung beim schweizerischen Bundesrat dringend Truppenhilfe erbeten hat.

Für die vielen und anlässlich unserer

goldenen Hochzeit

erwiesenen Aufmerksamkeit

sprechen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Brandach, 15. Nov. 1918.

Alexander Meier und Frau.

Gute Stärke

empfehl

Jean Engel

Wetterbericht.

Räher, trocken, Nacht Frost.

Spectabunde.

Der Bürgermeister.

Die Kol.-Erweiterung

Die Stoffe

Georg Philipp Closs.

Continued on p. 10

Ehr. Wieghardt.

Ger. Eickhardt

нем единственно

Gg. Phil. Clos.

Jean Engel